

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Heinz-Joachim
Barchmann, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/6299 –**

**Gemeinsame Europäische Agrarpolitik nach 2013 – Konzept zum „Greening“
der Direktzahlungen vorlegen**

A. Problem

Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) hat die Europäische Kommission im November 2010 ihre Mitteilung „Die Gemeinsame Agrarpolitik auf dem Weg ins Jahr 2020“ vorgelegt, in der Optionen für die künftige GAP dargestellt werden.

Nach Darstellung der Antragsteller kommt es jetzt darauf an, aktiv den Diskussionsprozess um eine grünere Agrarpolitik auf europäischer Ebene mitzugestalten. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/6299 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, im Rahmen der zukünftigen GAP aktiv an der Gestaltung der „Greening-Komponente“ für die Direktzahlungen auf europäischer Ebene mitzuwirken und zügig ein „Greening-Konzept“ für die erste Säule vorzulegen, welches die Kriterien einfach, allgemeingültig, jährlich und vertraglich nicht gebundene Agrarumweltmaßnahmen erfüllt.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU
und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/6299.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6299 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2011

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Franz-Josef Holzenkamp
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Franz-Josef Holzenkamp, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6299** in seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) hat die Europäische Kommission im November 2010 ihre Mitteilung „Die Gemeinsame Agrarpolitik auf dem Weg ins Jahr 2020“ vorgelegt, in der Optionen für die künftige GAP dargestellt werden. Die künftige Gewährung von Direktzahlungen an Landwirte könnte unter anderem nach dem Grundsatz erfolgen, dass die Umweltleistung der GAP durch eine obligatorische „Greening-Komponente“ der Direktzahlungen verbessert wird. Vorrang sollten Maßnahmen erhalten, die sowohl klima- als auch umweltpolitische Ziele verfolgen. Dieses von der EU-Kommission geplante „Greening“ in der ersten Säule der GAP werde nach Ansicht der Fraktion der SPD von einer breiten Mehrheit der Gesellschaft und den zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt.

Nach Darstellung der Antragsteller kommt es jetzt darauf an, aktiv den Diskussionsprozess um eine grünere Agrarpolitik auf europäischer Ebene mitzugestalten. Mit dem Antrag auf Drucksache 17/6299 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. aktiv an der Ausgestaltung der „Greening-Komponente“ für die Direktzahlungen auf europäischer Ebene mitzuwirken;
2. umgehend ein „Greening-Konzept“ für die erste Säule vorzulegen, das die Kriterien einfach, allgemeingültig, jährlich und vertraglich nicht gebundene Agrarumweltmaßnahmen erfüllt;
3. in die Verhandlungen zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik bis 2020 folgende Maßnahmen als „Greening-Komponenten“ der ersten Säule einzubringen:
 - striktes Umbruchverbot von Dauergrünland
 - obligatorische Winterbegrünung
 - obligatorische Vorgaben zur Umsetzung einer dreigliedrigen Fruchtfolge
 - Bereitstellung von Extensivierungsflächen für Umweltzwecke
 - Finanzierung der Natura-2000-Programme
 - Finanzierung des ökologischen Landbaus.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 51. Sitzung am 21. September 2011 den Antrag auf Drucksache 17/6299 beraten und mit den

Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 46. Sitzung am 21. September 2011 den Antrag auf Drucksache 17/6299 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/6299 in seiner 46. Sitzung am 21. September 2011 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der Vorwurf der Fraktion der SPD, die Bundesregierung verhalte sich auf europäischer und deutscher Ebene nicht konstruktiv, könne nicht nachvollzogen werden. Deutschland bringe sich sehr intensiv in den Prozess der Neugestaltung der GAP nach 2013 in Brüssel ein. Natürlich habe man die Situation, dass konkrete Vorschläge der EU erst im Oktober 2011 bekannt gegeben werden würden. Die Position der Bundesregierung wie auch der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP zur GAP nach 2013 sei bereits mehrfach im Plenum dargelegt worden. Bekannt sei, dass beim Thema „Greening“ unterschiedliche Auffassungen bestünden. Dabei sei nicht die Frage strittig, ob „Greening“ überhaupt stattfinden solle, sondern die Frage, ob das „Greening“ in der ersten oder zweiten Säule berücksichtigt werden solle. Die Entscheidung über den Umgang mit „Greening“ werde sich im Rahmen der Verhandlungen auf europäischer Ebene herauskristallisieren. Im Antrag der Fraktion der SPD halte man viele Forderungen, zum Beispiel beim Umbruchverbot von Dauergrünland, für zu pauschalisierend. Hier seien differenziertere Lösungen notwendig, die den individuellen Gegebenheiten vor Ort Rechnung tragen müssten. Deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die Bundesregierung müsse im Rahmen der GAP nach 2013 ein Konzept zum „Greening“ vorlegen, nach dem die Direktzahlungen an die Landwirte künftig an ökologische Leistungen zu koppeln seien. Sie müsse sich auch aktiv an der Ausgestaltung der „Greening-Komponente“ für die Direktzahlungen auf europäischer Ebene beteiligen und Kriterien für Agrarumweltmaßnahmen vorschlagen. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP hätten sich seit Beginn der Diskussion über die weitere Ausgestaltung der GAP nicht durch eigene Anregungen hervorgetan, sondern sich auf die Position zurückgezogen, dass alles so bleiben könne, wie es sei. Diese Verhinderungsstrategie gegenüber der von der EU-Kommission angeregten stärkeren Umweltorientierung der GAP werde keine Zukunft haben. Das „Greening“ der EU-Agrarpolitik

müsse sich deutlich in der zukünftigen Säulenstruktur – erste und zweite Säule – der GAP nach 2013 niederschlagen.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, im Antrag der Fraktion der SPD fehlten wesentliche Punkte, die man in Deutschland beim „Greening“ zu berücksichtigen hätte. So wies zum Beispiel der Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung auf Probleme im Bereich Stickstoff und landwirtschaftliche Produktion hin, die im Antrag der Fraktion der SPD keinerlei Erwähnung fänden. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht angebracht, an die EU-Kommission Vorschläge zu richten. Zudem müsse bei dem Thema „Greening“ auch immer die Bürokratie im Auge behalten werden, die schon jetzt den Landwirten zu schaffen mache. Die Fraktion der FDP sei dagegen, dass man aus dem Agrarhaushalt der EU oder mit den Agrarmitteln des Bundeshaushaltes einen Teil der Maßnahmen finanziere, bei denen ganz klar der Umweltbereich gefordert sei. Das betreffe zum Beispiel die Forderung der Finanzierung der Natura-2000-Programme aus dem Agrarbereich. Man stehe in der Agrarwirtschaft vor ganz erheblichen Herausforderungen, denen man gerade global gesehen mit ökologischen Vorrangflächen nicht gerecht werde. Vor diesem Hintergrund werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. äußerte, es sei immer noch eine offene Frage, wie die Bundesregierung mit den sich abzeichnenden neuen Regelungen auf EU-Ebene im Bereich „Greening“ umgehen wolle. Das gelte insbesondere vor dem Hintergrund dass viele Aspekte, die im Antrag der Fraktion der SPD genannt würden, zukünftig eine Rolle in der GAP nach 2013 spielten. Die Fraktion DIE LINKE. finde es ärgerlich, dass sich die Bundesregierung in dieser Frage intransparent verhalte. Deswegen halte sie das Anliegen des Antrages der Fraktion der SPD an sich für unterstützenswert, die Grundausrichtung sei richtig. Allerdings werde sich die Fraktion DIE LINKE. enthalten, weil der Antrag an einigen Stellen zu unpräzise sei und auch Fragen aufwerfe. Das betreffe zum Beispiel die Forderung nach einer obligatorischen Winterbegrünung. Dagegen spräche, dass man beispielsweise bei bestimmten Böden eine Frostgare zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit brauche. Die Winterbegrünung dürfte daher nicht obligatorisch sein. Auch die Forderung nach einem strikten Umbruchverbot bei Dauergrünland sehe die Fraktion DIE LINKE. kritisch, weil natürlich auch auf Dauergrünland gelegentlich einmal Neuansaat notwendig sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, sie finde die Forderung in dem Antrag der Fraktion der SPD, dass sich die Bundesregierung endlich aktiver in den Reformprozess der GAP auf europäischer Ebene einbringen

müsse, völlig richtig und unterstütze den Antrag. Es sei bedauerlich, dass Deutschland in der europäischen Debatte sehr blockierend auftrete und mit wenig eigener Vorstellungskraft glänze. Die im Antrag benannten Forderungen wie zum Beispiel das Umbruchverbot von Dauergrünland, die Vorgabe zur Umsetzung einer dreigliedrigen Fruchtfolge und die Bereitstellung von ökologischen Vorrangflächen seien auch Stand der europäischen Debatte und zu unterstützen. Die Forderung, ein eigenes „Greening-Konzept“ von der Bundesregierung vorlegen zu lassen, halte man dagegen nicht für prioritär. Man halte es im momentanen Zustand für wesentlich wichtiger, die Richtung und die Vorschläge, die EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș gemacht habe, zu unterstützen. Das gelte gerade angesichts der Blockadehaltung, die von der Bundesregierung derzeit eingenommen werde. Es sei richtig, die Bundesregierung dazu aufzufordern, sich hinter diese Vorschläge der EU-Kommission zu stellen.

Die **Bundesregierung** betonte, Richtschnur für die Weiterentwicklung der GAP seien für sie die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, wonach auch nach 2013 eine starke erste Säule für die Direktzahlungen und die Marktausgaben sowie eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung erforderlich seien. Sie unterstütze die Zielsetzung der Kommission, die Umweltbeiträge der GAP zu erhöhen. Die weitere ökologische Modernisierung der GAP sichere die gesellschaftliche Akzeptanz für eine nachhaltige Landwirtschaft. Die Landwirtschaft leiste bereits heute wichtige Beiträge zu Umweltzielen. Aus Sicht der Bundesregierung sei bei der Ausgestaltung der GAP nach 2013 wichtig, dass die Einführung eines „Greenings“ mit einer Vereinfachung der Cross Compliance einhergehe, kein zusätzliches Zahlungssystem mit eigenen Kontrollen und Sanktionen eingeführt werde und durch das „Greening“ Landwirte nicht diskriminiert werden dürften, die bereits heute im großen Umfang an freiwilligen Agrarumweltmaßnahmen in der zweiten Säule teilnahmen. Eine ökologische Modernisierung der GAP müsse von den Landwirten leistbar und praktisch durchführbar sein und dem Naturschutz etwas bringen. Unter diesen Voraussetzungen werde sie die für nächsten Monat angekündigten Vorschläge der Kommission intensiv prüfen und bewerten.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 17/6299 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2011

Franz-Josef Holzenkamp
Berichtersteller

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichtersteller

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstellerin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstellerin

Friedrich Ostendorff
Berichtersteller